

Ob Peso oder Euro, es führt kein Weg an Gold vorbei

- **Bringen Sie Ihr Geld frühzeitig in Sicherheit**
- **Der Euro wird eine schwere Krise in Europa auslösen**
- **Mit der neuen EZB-Chefin Lagarde wird es nicht besser**
- **Gold wird auf ungeahnte Höhen steigen**
- **Hebeln Sie den Goldpreis mit Minenaktien**
- **Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?**
- **Frühpensionierung von Gefängnisbeamten**

Lernen Sie von der Krise in Argentinien

Liebe Leser,

„Menschenschlangen vor Banken“ lauteten in dieser Woche die Schlagzeilen über Argentinien. Dass sich das Land in einer schweren Wirtschaftskrise befindet, haben Sie wahrscheinlich gehört. Jetzt hat sich die Lage weiter zugespitzt, worauf die argentinische Regierung mit Kapitalverkehrskontrollen reagiert hat.

Konkret dürfen Argentinier ihre Heimatwährung Peso jetzt nur noch in begrenztem Umfang in US-Dollar umtauschen oder ins Ausland überweisen. Im Moment beträgt diese Grenze 10.000 \$ pro Monat. Damit will die Regierung die Bevölkerung daran hindern, ihr Vermögen vor den katastrophalen Folgen ihrer Politik in Sicherheit zu bringen.

Das wird natürlich nur teilweise gelingen, weil die betroffenen Menschen andere Wege suchen und finden werden, um der politisch verordneten Verarmung zu entgehen. Dass dieser Prozess bereits begonnen hat, zeigen die Menschenschlangen vor den Banken.

Bringen Sie Ihr Geld frühzeitig in Sicherheit

Wirtschafts- und Finanzkrisen verlaufen in ihren groben Zügen stets nach ähnlichen Mustern. Deshalb ist es sinnvoll, die Vorgänge in Argentinien nicht als eine unbedeutende Entwicklung am anderen Ende der Welt abzutun. Vielmehr sollten sie genau hinschauen, was sich die Machthaber einfallen lassen, wenn ihnen das Wasser bis zum Hals steht, um an das Vermögen der Bürger zu kommen.

Denn in dieser Hinsicht sind sie alle gleich

Aufgrund des sturen Festhaltens an der fatalen Europäischen Währungsunion, steuert auch Europa auf eine schwere Krise zu. Nur dank der extremistischen „was-immer-es-kostet“-Politik,

die von der EZB seit Jahren betrieben wird, gibt es den kranken Euro noch. Andernfalls wäre die Währungsunion schon vor Jahren auf der Müllhalde schlechter politischer Projekte gelandet.

Der Euro wird eine schwere Krise in Europa auslösen

Auf dieser Müllhalde wird der Euro schlussendlich auch landen. Denn es ist unmöglich, Länder auf Dauer unter einen Hut zu bringen, deren Wettbewerbsfähigkeit so unterschiedlich ist wie in Europa.

Je länger das zum Scheitern verurteilte Euro-Experiment künstlich am Leben erhalten wird, desto heftiger wird die Bereinigungskrise ausfallen, die durch sein Ende ausgelöst werden muss.

Schauen Sie nach Argentinien, wenn Sie eine Vorstellung davon erhalten möchten, was da auf Sie zukommt. Dort beträgt die Geldentwertung im Moment bereits rund 50%. Bringen Sie Ihr Vermögen in Sicherheit, so lange das noch relativ einfach möglich ist. Was Sie konkret tun können, erfahren Sie in meiner Publikation [Krisensicher Investieren](#).

Mit der neuen EZB-Chefin Christine Lagarde wird es nicht besser

Wer von Ihnen glaubt, mit der künftigen EZB-Chefin Christine Lagarde würde sich in Europa vielleicht alles zum Guten wenden, irrt. Auch hier dient kurioserweise Argentinien als Beispiel. Denn den letzten großen Kredit in Höhe von 57 Milliarden Dollar erhielt Argentinien erst im vergangenen Jahr von der scheidenden IWF-Chefin Christine Lagarde. Und zwar ohne irgendwelche Auflagen. Das Ergebnis sehen Sie selbst.

Warum sollte Lagarde als EZB-Chefin anders handeln?

Erst am Mittwoch dieser Woche verkündete sie im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments, dass sie die Politik Mario Draghis fortführen werde und sogar noch flexibler mit neuen Ideen reagieren werde. Ich kann mir nur zu gut vorstellen, was die staatsgläubige Anhängerin des Zentralismus damit meint: Helikopter-Geld im Anflug.

Was genau damit gemeint ist und was das für Ihr Vermögen bedeutet, habe ich im April dieses Jahres in einer [Themenschwerpunkt-Ausgabe](#) unter dem Titel "Enteignung oder Helikopter-Geld? Die Vorbereitungen laufen" ausführlich besprochen.

Gold wird auf ungeahnte Höhen steigen

Sie müssen sich und Ihr Vermögen schützen. Die einzige wahrhafte Krisenwährung ist natürlich nicht der Dollar, auch nicht der Schweizer Franken oder die bei einigen deutschen Anlegern so beliebte Norwegische Krone. Sie alle sind bestenfalls der Einäugige unter den Blinden. Denn das Weltwährungssystem sorgt dafür, dass sämtliche Papierwährungen im selben Boot sitzen.

Als sicherer Hafen fungieren nur die Edelmetalle. Denn sie sind keines Herren Knecht. Das derzeitige Weltwährungssystem, das seit 1971 besteht, befindet sich vermutlich in seiner Endphase.

Die Stresssymptome sind unübersehbar

Zu diesen Stresssymptomen zähle ich nicht nur die anhaltend extremistische Geldpolitik und die zunehmende Unzufriedenheit in der Bevölkerung, sondern auch den starken Anstieg des Goldpreises. Dieser hat in einigen wichtigen Währungen bereits neue Allzeithochs erreicht hat, und im Euro steht er kurz davor.

Meine Analysen kommen zu dem Ergebnis, dass sich Gold in einer neuen Hausse befindet, die lange anhalten und den Goldpreis auf ungeahnte Höhen führen wird.

Goldpreis pro Unze in Yen, 2000 bis 2019



Im Yen hat der Goldpreis bereits neue Allzeithochs erreicht. Quelle: StockCharts.com

Hebeln Sie den Goldpreis mit Minenaktien

Wenn meine sehr bullische Goldprognose weiterhin eintrifft, können Sie mit Minenaktien ein Vermögen verdienen. Lassen Sie sich diese Chancen nicht entgehen. Im Krisensicher Investieren Goldminen-Depot warten 6 ausgewählte Minenaktien auf Sie! [Fordern Sie HIER meinen Börsenbrief Krisensicher Investieren zum Test an – 30 Tage kostenlos.](#)

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende,

Ihr

Claus Vogt

Claus Vogt, Chefredakteur Krisensicher Investieren

P.S.: Der nächste Schritt zur Verlängerung des Todeskampfes des Euro und des Weltwährungssystems sind „Helikopter-Geld“ und Geldentwertung. Details und Schutzmaßnahmen dazu lesen Sie in [Krisensicher Investieren](#).

P.P.S.: Sie wollen Woche für Woche über Gold, die Finanzmärkte und die Zusammenhänge mit der Wirtschaft informiert werden, dann fordern Sie bitte den kostenlosen Claus Vogt Marktkommentar [hier](#) ganz einfach mit Ihrer E-Mail an.

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRISENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs Krisensicher Investieren.

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfälle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).

Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen? (07.09.2019)

Autor: Gotthilf Steuerzahler

Frühpensionierung von Gefängnisbeamten

Liebe Leserinnen und Leser,

im Justizvollzugsdienst ist der Anteil der Beamten sehr hoch, die wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig pensioniert werden, entsprechende Informationen wurden vor kurzem aus einem süddeutschen Bundesland bekannt. Frühpensionierungen erhöhen die Personalkosten des betreffenden Bundeslandes und verschärfen den Personalmangel in den Gefängnissen. Es gibt kaum Erfolge bei den Bemühungen, die eingeschränkt dienstfähigen Gefängnisbeamten an anderer Stelle einzusetzen und damit die vorzeitige Pensionierung zu vermeiden.

Beamte sind nach den geltenden Bestimmungen in den Ruhestand zu versetzen, wenn sie aus gesundheitlichen Gründen ihre Dienstpflichten dauernd nicht mehr erfüllen können oder wenn sie infolge von Erkrankung innerhalb von 6 Monaten mehr als 3 Monate keinen Dienst getan haben und die Aussicht auf Wiederherstellung der vollen Dienstfähigkeit innerhalb überschaubarer Zeit nicht besteht. Allerdings ist vor einer Pensionierung zu prüfen, ob eine anderweitige Verwendung der Beamten möglich ist.

An die Dienstfähigkeit von Beamten des Justizvollzugsdienstes werden - ähnlich wie bei Polizeibeamten - höhere gesundheitliche Anforderungen gestellt als an Beamte anderer Laufbahnen. Können die Gefängnisbeamten diese Anforderungen nicht mehr erfüllen, kommt eine Verwendung in der Verwaltung der Gefängnisse, bei Gerichten oder in sonstigen Landesbehörden in Betracht.

Rund 33 Prozent aller Gefängnisbeamten werden frühpensioniert

Die Quote der Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit hat sich in der Landesverwaltung des süddeutschen Bundeslandes bei unter 10 Prozent eingependelt. Selbst im Polizeivollzugsdienst ist sie von früher 15 Prozent auf nunmehr rund 10 Prozent gesunken. Dagegen beträgt sie bei Gefängnisbeamten rund 33 Prozent und ist damit rund dreimal so hoch wie im Polizeivollzugsdienst. In einigen Justizvollzugsanstalten war in den letzten Jahren Dienstunfähigkeit sogar in mehr als der Hälfte aller Pensionierungen der Grund für die Versetzung in den Ruhestand.

Hoher Anteil von psychischen Erkrankungen

Auffällig ist, dass im Justizvollzugsdienst das mittlere Pensionierungsalter bei 48 Jahren liegt. Das ist etwa 10 Jahre früher als das durchschnittliche Alter aller sonstigen Landesbeamten, welche vorzeitig wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden. Bei 60 Prozent aller

Frühpensionierungen von Gefängnisbeamten sind psychische Erkrankungen der Grund für die Dienstunfähigkeit. Der Wert von 60 Prozent liegt mehr als 10 Prozentpunkte über dem Wert in der übrigen Landesverwaltung.

Monetäre Folgen für das Land

Vorzeitige Zuruhesetzungen wegen Dienstunfähigkeit verursachen dem Land erhebliche Kosten. Ein Justizvollzugsbeamter, der etwa 11 Jahre vor der gesetzlich vorgesehenen Altersgrenze wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand tritt, verursacht bis zu seinem Lebensende Mehrkosten von rund 300.000 Euro. Bei derzeit jährlich durchschnittlich 23 Frühpensionierungen wegen Dienstunfähigkeit in dem süddeutschen Bundesland summiert sich dies auf rund 6,9 Mio. Euro. Sollte es durch geeignete Maßnahmen gelingen, die Dienstunfähigkeits-Quote deutlich zu reduzieren, könnten Millionenbeträge an Personalkosten vermieden werden. Hinzu kommt, dass durch die vorzeitigen Pensionierungen der Gefängnisbeamten der Personalmangel in den Gefängnissen verschärft wird und die übrigen Mitarbeiter durch Mehrarbeit belastet werden.

Die Suche nach anderweitiger Verwendung war nicht erfolgreich

Die zuständigen Stellen in der Justiz hatten zwar in der Hälfte aller Fälle von Dienstunfähigkeit eine ressortübergreifende Suchanfrage zur anderweitigen Verwendung von Gefängnisbeamten durchgeführt. Für keinen einzigen Beamten wurde dabei jedoch eine neue Aufgabe gefunden. Dabei waren vielfach die betroffenen Beamten lediglich den spezifischen Belastungen des Justizvollzugs, d. h. dem direkten Kontakt mit den Gefangenen oder dem Schichtdienst nicht mehr gewachsen. Andere Tätigkeiten hätten sie dagegen - nach den vorliegenden amtsärztlichen Gutachten - durchaus noch ausüben können. Einige vorzeitig pensionierte Beamte des Justizvollzugs hatten sich dann auch neue Tätigkeiten gesucht, allerdings außerhalb der Landesverwaltung, z. B. in der kommunalen Verkehrsüberwachung oder als Hausmeister.

Nach anderweitiger Verwendung sollte verstärkt gesucht werden

Das Justizministerium des betreffenden Bundeslandes erklärt die hohe Dienstunfähigkeitsquote im Justizvollzugsdienst mit den dort bestehenden großen Belastungen. Es verweist weiter darauf, dass zwar ressortübergreifend keine anderweitigen Verwendungen für dienstunfähige Justizvollzugsbeamte gefunden worden seien, wohl aber innerhalb von Justizvollzugsanstalten, etwa auf „Schonposten“ im Vollzugsdienst oder in der Verwaltung der Gefängnisse. Um die Rahmenbedingungen im Justizvollzug zu verbessern, habe die Landesregierung zusätzliche Personalstellen im Haushaltsplan 2018/2019 bereitgestellt. Ob das reicht, fragt man sich da. Auf jeden Fall müssten die Bemühungen verstärkt werden, liebe Leserinnen und Leser, anstelle einer Frühpensionierung für eine anderweitige Verwendung der in Frage kommenden Beamten zu sorgen, meint mit Entschiedenheit

Ihr

Gotthilf Steuerzahler

www.krisensicherinvestieren.com

Dieser Text stammt aus dem kostenlosen Newsletter [Claus Vogt Marktkommentar](#).

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs [Krisensicher Investieren](#).

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRISENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Jetzt ihr NEUES BUCH: [„Bitcoin & Co. Was Sie über Geld, Gold und Kryptowährungen wissen sollten“](#). Erhältlich im Buchhandel oder auf www.krisensicherinvestieren.com – aber ganz bewusst nicht bei Amazon. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).